

## **Bildungsgipfel: Nicht zum Nulltarif**

### **Trotz Krise muss in die Zukunft investiert werden**

Gunter Quaißer und Mechthild Schrooten

Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um fünf Prozent in 2009 war der mit Abstand stärkste gesamtwirtschaftliche Einbruch seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Durch die Dramatik dieses gesamtwirtschaftlichen Absturzes sah sich die Politik zu einer kurzfristigen Abkehr von neoliberalen Dogmen gezwungen. Auch wenn die Konjunkturprogramme und Stützungsmaßnahmen in der Summe zu gering und im Einzelfall – wie bei der Abwrackprämie – fragwürdig erscheinen, so haben sie die Nachfrage gestützt und den Abwärtstrend aufgehalten. Eine nachhaltige Erholung der Gesamtwirtschaft ist allerdings bislang nicht in Sicht. Trotzdem will die Bundesregierung aus ihrer kriseninduzierten Konjunkturpolitik bereits wieder aussteigen. Sparpakete sind in der Diskussion. Zugleich werden notwendige Reformen verschleppt. Besonders deutlich wird dies im Finanzsektor. Gewinnerorientierung und Spekulationen bestimmen weiterhin das Geschehen. Die Verzögerung längst überfälliger Finanzmarktregulierungen haben die Krisenfrequenz erhöht; zwei Jahre nach der internationalen Finanzkrise gerät der Euroraum unter Druck.

#### **Wahre Ursachen der Krise**

Immer noch fällt es den „Mainstreamern“ in Politik und Ökonomie schwer, die wahren Ursachen der Krise zu benennen: In vielen Volkswirtschaften hatte eine anhaltende Umverteilung von unten nach oben zu einer abnehmenden Lohnquote und einem Anstieg der Gewinneinkommen geführt. In Deutschland wurde damit der Konsum geschwächt. Gleichzeitig hatten die unter Druck geratenen Reallöhne die Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt und einen anhaltenden enormen Leistungsbilanzüberschuss nach sich gezogen. Die deutsche Volkswirtschaft hat über einen langen Zeitraum weniger konsumiert und investiert als sie produzierte – gesamtwirtschaftlich betrachtet lebte Deutschland keineswegs „über seine Verhältnisse“, sondern blieb hinter seinen Investitions- und Konsummöglichkeiten zurück. Zugleich wurden erhebliche Kapitalforderungen gegenüber dem Ausland aufgebaut; somit wurde die Basis für die Übertragung der Folgen der US-amerikanischen Finanzkrise nach Deutschland geschaffen. Krisenhafte Zuspitzungen in einzelnen Bereichen lassen sich in Deutschland seit Jahren erkennen. Bislang wurde darauf in erster Linie mit Schönfärberei reagiert. Dies gilt insbesondere für systemisch relevante Bereiche wie Bildung und Ökologie. Gerade die Bildungsfinanzierung ist allen gegenläufigen Bekundungen von Politikerinnen und Politikern zum Trotz unter Druck geraten.

## **Tabuloses Umdenken**

Dabei ginge es auch anders. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik fordert seit Jahren ein tabuloses Umdenken. Einen wichtigen Ansatzpunkt bietet dazu ein umfassendes öffentliches Investitions-, Beschäftigungs- und Umbauprogramm, das, anders als die bisherigen Konjunkturprogramme der Bundesregierung, auf Zukunftsinvestitionen zielt. Dazu gehören auch zusätzliche Investitionen in die Bildung. Internationale Organisationen wie die OECD mahnen schon lange eine bessere Ausbildung breiterer Bevölkerungsschichten an. Die in Deutschland vielfach angeführten Argumente, dass sich staatliche Investitionsprogramme nicht finanzieren lassen, greifen zu kurz. Denn erstens ist in einer Anlaufphase eine Kreditfinanzierung durchaus sinnvoll. Zweitens werden mit solchen Programmen zukünftige Steuereinnahmen gesichert. Drittens gehen die aktuellen Finanzierungsschwierigkeiten der öffentlichen Haushalte nicht einseitig auf zu hohe Ausgaben zurück. Vielmehr schlagen hier massiv die Steuersenkungen der vergangenen Jahre zu Buche. So ist die Unternehmensbesteuerung deutlich gesenkt worden. Eine solide Finanzpolitik wird in Zukunft nicht an Steuererhöhungen für Unternehmen und obere Einkommensschichten vorbeikommen. Eine nennenswerte Vermögens- und Finanztransaktionsbesteuerung durchzusetzen, ist daher überfällig. Gerade die aktuelle Situation bietet Ansatzpunkte, grundlegend über das Staatsverständnis nachzudenken. Allen muss klar sein, ohne staatliche Intervention wäre der Absturz weit tiefer und länger anhaltend. Dies gilt für die internationale Bankenkrise ebenso wie für die aktuelle Finanzkrise im Euroraum. Der Staat hat in der Krise ein kostbares Gut angeboten: Stabilisierung der Erwartungen in einer extrem unsicheren Situation. Dieses Gut gibt es nicht zum Nulltarif.

*Gunter Quaißer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Mechthild Schrooten, Professorin an der Hochschule Bremen und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*

*(Erschienen in Erziehung und Wissenschaft, 6/2010*

*[http://www.gew.de/Bildungsgipfel\\_Nicht\\_zum\\_Nulltarif\\_-\\_Trotz\\_Krise\\_muss\\_in\\_die\\_Zukunft\\_investiert\\_werden.html](http://www.gew.de/Bildungsgipfel_Nicht_zum_Nulltarif_-_Trotz_Krise_muss_in_die_Zukunft_investiert_werden.html))*